

Medienmitteilung zur Motion «Anreize schaffen, um Ölheizungen zu ersetzen»

BDP will Anreize schaffen, damit Ölheizungen ersetzt werden

Die BDP lässt auf das Ergebnis der Abstimmung vom Februar 2019 zum Energiegesetz Taten folgen und fordert mittels einer Motion das Schaffen von Anreizen, um Ölheizungen ersetzen zu können.

Im Februar hat das Berner Stimmvolk das Energiegesetz knapp verworfen. Gegner wie auch Befürworter der Vorlage waren sich allerdings insofern einig, dass der CO₂-Ausstoss reduziert werden muss. Im Wahlkampf wurde zudem darauf hingewiesen, dass der Verbrauch von fossilen Heizstoffen auf freiwilliger Basis reduziert werden könne. Dazu seien allerdings Anreize zu schaffen, da der Ersatz von Ölheizungen durch Wärmepumpen bedeutend höhere Kosten für Hausbesitzer zur Folge habe.

Die BDP nimmt das Ergebnis der Abstimmung – und die im Wahlkampf geäusserten Argumente – ernst. Im Bestreben, einen nachhaltigen Beitrag zur Reduktion des CO₂-Ausstosses zu leisten, nimmt sie vernünftige Anregungen aus der Bevölkerung auf und fordert demnach in einer Motion, Anreize für Hausbesitzer zu schaffen, damit diese ihre Ölheizungen mit klimafreundlicheren Wärmepumpen ersetzen können.

Das kantonale Förderprogramm Energie sieht bereits heute für den Ersatz von Ölheizungen durch Wärmepumpen Beiträge vor. Konkret fordert die Motion nun, dass Hausbesitzer mit einem Förderbeitrag von 10 000 Franken als Minimalbeitrag für den Ersatz einer Ölheizung durch eine Wärmepumpe oder andere erneuerbare Wärmeerzeugungsanlagen entschädigt werden. Der Regierungsrat hat diese Forderung ernst genommen und in eigener Kompetenz bereits umgesetzt.

Des Weiteren sollen – analog zu den Wärmepumpen – die Beiträge für Anschlüsse an Fernwärmenetze und Wärmeerzeugungsanlagen mit Holz/Biomasse und Wärmenetze mit erneuerbaren Energien im gleichen Mass erhöht werden.

Die BDP tritt ferner dafür ein, dass Hausbesitzer, die ihre Ölheizung erneut durch eine mit Öl betriebene Heizung ersetzen wollen, dafür einen «Umweltbeitrag» von 4000 Franken bezahlen sollen. Dies würde den Anreiz für den Wechsel auf eine Wärmepumpe oder eine Wärmeerzeugungsanlage, die mit erneuerbarer Energie betrieben wird, zusätzlich erhöhen. Mit diesem Umweltbeitrag können weitere wichtige Umweltmassnahmen unterstützt werden. Im Übrigen schlägt die BDP vor, den Gebäude-Energieausweis nur beim Ersatz von Grossheizungen >500 kW vorzuschreiben, damit könnte ein Beitrag zur Reduktion der Bürokratie geleistet werden. Die freiwerdenden Mittel könnten vom Hauseigentümer besser direkt in die Sanierung seiner Liegenschaft investiert werden. da der GEAK für alle Wohnbauten umstritten ist und schon einmal in einer Urnenabstimmung verworfen wurde.



Auskunft:

Ueli Frutiger, Grossrat 079 311 11 01

5.9.2019